

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschrift: Nachrichten Dresden
Bemerkungsnummer: 25241
Büro für Rechtsanwalte: Nr. 20011
Schriftrichter u. Bezugsschreiber: Delle:
Dresden - K. 1, Wittenstraße 20/22

Bewegungsgebühr bei Reichs auswärtsiger Ausstellung monatlich 2,40 Pf., einschließlich 50 Pf. für
Telegraphen, durch Postkarte 3,40 Pf., einschließlich 50 Pf. Bewegungsgebühr ohne Postkarte (geht nicht)
bei 7 mal wöchentlichem Verkauf, Eingangsnummer 10 Pf., außerhalb Sachsen 15 Pf., Einzelge-
werbe: Die einzige 20 mm breite Seite 20 Pf., für aufwärts 4 Pf., Familienanzeigen und
Stellengebühr ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 10 mm breite Notizenseite 200 Pf.,
außerhalb 300 Pf. Einführung Gebühr 20 Pf. Zuständige Aufsicht gegen Vorababfassung

Druck u. Verlag: Diederich & Weischen-
tein, Böhlweg 8-10, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Sachsen), zulässig. Unterlassung
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Curtius mit dem Genfer Ergebnis zufrieden

Ein optimistischer Bericht vor dem Reichskabinett

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Mai. Reichsausßenminister Dr. Curtius hatte gestern Versprechungen über die deutsche Beteiligung an der Hilfsaktion für die zusammengebrochene Österreichische Bodenkreditanstalt. Aus diesen Gründen vermutete er gestern noch nicht seinen endgültigen Bericht über die Genfer Tagung abzuschließen, der heute fertiggestellt ist und im Reichskabinett zum Vortrag gelangen wird. Dieser Bericht wird, soweit wir unterrichtet sind, von einem höchst seltsamen und, wie uns scheint, unangebrachten Optimismus getragen sein. Es hat den Anschein, als ob

der Außenminister mit der Rose, die er in Genf gespielt hat, einigermaßen zufrieden

ist. Insbesondere ist man in der Wilhelmstraße der Auffassung, daß Österreich sich tapfer geschlagen habe und es trotz des möglicherweise von Frankreich zu diesem Zweck herbeigeführten Zusammenbruches seines größten Bankunternehmens verstanden hat, sich allen Verlockungen und Präsenten seitens der Franzosen zu entziehen. Durch diesen Widerstand sei es geklappt,

die von Frankreich geplante Einziehung eines öster-
reichischen Komites zu verhindern.

Man gibt sich in der Wilhelmstraße ferner der Hoffnung hin, daß man auf der Septembertagung des Völkerbundes vor einer völlig neuen Lage hinsichtlich der Bollunion stände. Man hofft nämlich, daß sich bis dahin die Unabdingbarkeit des französischen Gegenprojektes gegen die Bollunion herausgestellt hat, und daß ein großer Teil derjenigen Staaten, die auf der letzten Tagung in Front gegen Deutschland standen, sich der deutschen Auffassung der Bevorzugung regionaler Verträge anschließen werde. Freilich scheint man in der Wilhelmstraße gerade in dieser Hinsicht völlig zu verteuern, daß

das französische Gegenprojekt gar nicht ernst
gemeint war.

Dieses französische Projekt war vielmehr lediglich als Falleck gegen die Bollunion gedacht, und nachdem

dieser Effekt erzielt ist, wird man es in Frankreich ebenso leichtlich herzogen fallenlassen, wie man es für bestimmte Zwecke auf die Weine stellte. Wenn man in der Wilhelmstraße fortfährt, sich weiteren derartigen optimistischen Auffassungen hinzugeben, wird man zweifellos im September genaue Radschläge erleben, wie in den vergangenen Genfer Tagen, und genau so wenig gegenüber diesen Schlägen gerüstet dastehen.

Hinsichtlich des Abrüstungsproblems wird in der Wilhelmstraße etwa folgende Bilanz gezogen: Es sei zu begrüßen, daß die Vorsichtsfrage gelöst sei und daß England den Vorsitz übernommen habe. Bemerkt sei es zu begrüßen, daß man an Genf als Tagungsort festgehalten habe, nachdem durch die Stadtgemeinde die Voraussetzung dafür geschaffen sei, daß die 8000 für die Abrüstungskonferenz erwarteten Delegierten in Genf unterkommen können, ohne daß sich die Preisgestaltung in der Stadt derart vollzieht, daß von einem Revy gefordert werden müßte. Hinsichtlich der von Deutschland geforderten, allerdings von der Wehrheit des Völkerbundsrats abgelehnten Öffnungslegung des Rückungskontaktes wird in der Wilhelmstraße bemerkt, daß es uns darauf ankommen müsse, erneut von dem alten Genfer Konventionsentwurf abzuweichen.

Auch hinsichtlich der Danziger, der Memeler und der oberösterreichischen Angelegenheit zeigt man sich befriedigt, als es wohl nach den Umständen gerechtfertigt ist.

Hinsichtlich des bevorstehenden Besuchs des Reichskanzlers und des Reichsausßenministers in Chequers wird in der Wilhelmstraße neuerdings unterrichtet, daß es sich um eine englische Einladung handle. England habe bei seiner Einladung zum Ausdruck gebracht, daß es Wert darauf legt, den Eindruck einer eingesetzten kontinentalen Orientierung zu vermeiden. Nur Chequers sei keine Tagessordnung vorgeschenkt. Konkrete Beschlüsse würden voraussichtlich auch nicht gefasst werden. Unverbindlich und im engsten Kreise plane man vielmehr lediglich alle brennenden Probleme zu besprechen, darunter natürlich auch das Problem der Reparationen und der Abrüstung.

Goldene Zeiten

Es ist begreiflich, daß die Presse Frankreichs und besonders Englands nach dieser Genfer Tagung lieber vorwärts als rückwärts schaut und von der Zukunft jenen positiven außenpolitischen Fortschritts erwartet, von dem auf der Völkerbundstagung nichts zu spüren war. Sehr einfach machen sich die Briten die Sache. Ihre Stellungnahme zu den Genfer Ereignissen ist von jenem oberflächlichen Optimismus getragen, den man in der politischen Welt gern dann zur Thau trägt, wenn man nichts Schlechtes sagen will, aber auch nichts Gutes vorbringen kann. Die Engländer können das um so leichter, als der Befehl der deutschen Minister in Chequers ihnen eine willkommene Gelegenheit bietet, einer flauen Prognose für die nächsten Monate, mit viel Vertrauen in die Zukunft, dem der Kunde aber nur zu leicht die Verlegenheit anmerkt, auszuweichen.

Man weiß, daß es für Deutschland nur noch eine Frage von größter Wichtigkeit gibt: die Revision des unhalbar gewordenen Youngplanes. Die uns bevorstehenden neuen Notverordnungen, die kurz vor der Abreise der deutschen Minister nach Chequers verkündet werden sollen, haben zusammen mit den bisherigen einschneidenden Maßnahmen Deutschlands, seinen Verpflichtungen trotz der wachsenden Not der breitesten Schichten nachzukommen, ihren Eindruck auf das Ausland nicht verschlechtert. Auch die Entente-Staaten konnten an der Tatsache nicht vorübergehen, daß all diese ungeheuerlichen Anstrengungen das Milliardendebit unserer östlichen Wirtschaft nicht einmal zu mildern vermochten. Es lädt sich nicht mehr abstreiten, daß die Last der Deutschland auferlegten Zahlungen, nach der präzisen Formulierung des amerikanischen Finanzadvokat Thomas Woodlock, den deutschen Lebensstandard bis zum Gefahrenpunkt herabgedrückt hat, und daß nichts mehr dazu beitragen würde, die Weltwirtschaft anzukurbeln, wie Maßnahmen, die deutsche Reparationslast wenigstens erträglich zu gestalten. Aber zwischen den Erkenntnissen des Wirtschaftlers und den Taten der Diplomaten ist bekanntlich ein weiter Zwischenraum, den man nur allzu oft als lustlos empfindet. Nur nichts überstürzen und allen Entscheidungen möglichst lange auf dem Wege gehen, oder, vollständig ausgedrückt, das „Fortwurzeln“ ist nun einmal der Grundriss der internationalen Politik. Nichts fürchten die Ententemächte, selbst wenn sie, wie England, vorgeben, eine einigermaßen zutreffende Vorstellung der deutschen Lage zu haben, mehr, als eine Aufröhrung der Revisionfrage. Abgesehen von den französischen Machtpolitikern, denen die deutschen Tribute zur Finanzierung der Rüstungen und gleichzeitig zur dauernden Schwächung Deutschlands unentbehrlich sind, zeigen auch die Finanzminister der übrigen Ententemächte eine bewundernswerte Vorliebe für die deutschen Zahlungen, die ein beinahe Mittel zur Ausgleichung der Budgets, besonders in Krisenzeiten, darstellen und manche unpopuläre Steuermaßnahme vermeiden lassen. Und welchem Ententefinanzminister würde nicht die Gunst seiner Wähler näher, als daß den breiten Massen wenig verständliche Problem der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise durch die einseitigen Gold- und Kapitalverschiebungen, die durch die internationale Verschuldung und insbesondere durch die deutschen Tribute hervorgerufen werden? Und die Außenminister der Gläubigerstaaten empfinden eine geradezu heilige Scheu vor Auseinandersetzungen über den Anteil der einzelnen Mächte an den revidierten Lasten.

Nun wissen die englischen Staatsmänner natürlich sehr gut, daß der deutsche Kaiser und der Außenminister in Chequers mit allem Ernst und Nachdruck auf die Notwendigkeit der Revision des Tributplanen als dem einzigen Ausweg zur Überwindung der deutschen Reparations- und damit der europäischen Finanzkrise hinweisen werden. Aus diesen Überlegungen ist ein Vorschlag des „Daily Herald“, des Blattes der englischen Regierung, entstanden, der gar nicht ernst genug eingeschätzt werden kann. Das Blatt schlägt — natürlich im halbmäßigen Auftrag —

In Erwartung der neuen Notverordnungen

Die Sozialdemokraten bei Brünning

Berlin, 27. Mai. (Ciga. Drahtmeldung.) Heute nachmittag fand in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung statt, die sich mit der Vorbereitung der neuen Notverordnung befaßte. Die abschließende Formulierung soll aber erst gegen Ende der Woche erfolgen. Daß man mit der Bekanntgabe der Notverordnung so lange sürgt, hängt mit der

Stützmaßnahmen auf den sozialdemokratischen Parteitag zusammen. Die Regierung will der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die jetzt noch mehr als schon vorher zu ihrer stärksten Stärke geworden ist, die ohnehin nicht leichte Stellung in Leipzig nicht durch die vorzeitige Bekanntgabe reichlich unpopuläre Maßnahmen erschweren, zu denen sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wohl oder übel wird bekennen müssen.

Die Stellung des Kabinetts Brünning ist durch die längste politische Entwicklung so schwach geworden, daß, wenn die Sozialdemokratie als die stärkste Fraktion des Reichstags die Einberufung des Parlaments an einer Sommertagung verlangen und durchsetzen würde, die Tage des Kabinetts gezählt wären.

Nach den außenpolitischen Misserfolgen und nachdem Reichskanzler Brünning heute gegenüber den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sogar die Aufhebung von Getreidezölle angekündigt hat, um durch die Einfuhr ausländischer Roggengäte zu einer Preistiefenbildung zu gelangen, wodurch die Stellung des Reichsnährungsministers Schröder eigentlich unhaltbar geworden ist, denn seine Pläne zur Stützung der Preise für das heimische Getreide würden ja dadurch vollkommen durchkreuzt werden, hat sich die ohnehin überaus schwache Mehrheit, über die das Kabinett Brünning bisher verfügte, so verengt, daß es kaum damit rechnen könnte, im Parlament noch die notwendige Unterstützung zu finden. Da, wie die verschiedenlidigen Abstimmungen innerhalb des Kassenrates schon gezeigt haben, lediglich durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie bei den entsprechenden Anträgen die Einberufung des Parlaments durchgesetzt werden könnte, will man nun von Seiten der Regierung ganz offenbar alles tun, was geignet sein kann, die Sozialdemokratie von dem Gedanken der Einberufung einer Sommertagung fernzuhalten.

Ob und inwieweit sich dieses Bestreben der Regierung, die sozialdemokratische Hilfe und Unterstützung zu

erhalten, auch auf den Inhalt der neuen Notverordnung auswirken wird,

läßt sich im Augenblick allerdings noch nicht erkennen. Immerhin wird man wohl damit zu rechnen haben, daß die Ersparnismaßnahmen, die neuen Steuern, sowie die vorgesehene Reform der Arbeitslosenversicherung, die den Inhalt der kommenden Notverordnung bilden wird, so ausfallen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich damit, wenn auch nur mit einem Ach und Wehe, wird identifizieren können. Die schon gerüchtweise ausgetragene Vermutung, daß man infolge dieser Rücksicht auf die Sozialdemokraten wiederum von einer wirklich grundsätzlichen Reform, namentlich der Arbeitslosenversicherung, absehen wird und sich mit kleinen Flickannahmen, wie einer neuen Erhöhung der Beiträge, begnügt, gewinnt dadurch erhöhte Wahrscheinlichkeit.

Berlin, 27. Mai. Neben die am Mittwochnachmittag zwischen Reichskanzler Dr. Brünning und den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgehaltene Besprechung gibt die Fraktion folgende Information: Reichskanzler Dr. Brünning gab Aufschluß über die tatsächliche Finanzlage, deren Entwicklung unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise ungünstiger sei, als man im Vorjahr hätte annehmen können.

Die Reichsregierung strebe nach einer Lösung der Finanzschwierigkeiten, die verhindere, daß die sozialen Einrichtungen wegen Mangels an Mitteln zusammenbrechen.

Wieder seien irgendwelche Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht gefasst. Es hätten bisher nur Versprechungen in einem Ausschuß des Kabinets stattgefunden, und diese Versprechungen seien noch nicht abgeschlossen. Die Einzelmäßigkeiten müßten nach Meinung der Regierung so gestaltet werden, daß sie von den Massen des Volkes als erträglich angesehen werden könnten.

Was besonders die Brotpreise angehe, so halte die Reichsregierung ihre Senkung in nächster Frist für unabdingbar erforderlich.

Wurden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, so müsse man zu einer Senkung der Höhe greifen. Bedenkt sei damit zu rechnen, daß die neue Notverordnung noch vor der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsausßenministers nach Chequers fertiggestellt werde, daß aber ihr Erfolg erst nach der Rückkehr von Chequers erfolge.

Heute:

Literarische Umschau

Seite 9